

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

I. XXIV/138

Bonn, den 24. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 "Wenn beide Seiten es wollen..." 60

Bemerkenswerte Ergebnisse des Ost-West-Handels sowie
der innerdeutschen Handelsbeziehungen im ersten Halbjahr 1969

3 Unwahrscheinlich und gefährlich 42

Ein CDU-Politiker über die Ostpolitik seiner Partei

4 Eine Monarchie wird gezimmert 43

Neue Fragezeichen über Spaniens Zukunft
Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

SPD nominiert 53 Frauen für den 6. Bundestag

Gesetze, die den Frauen helfen

Heute: Das Lohnfortzahlungsgesetz, die "Hausfrauenrente", Reform
des Nichteheleichenrechtes

Noch immer im Nebel?

Politische Bildung der Frau in der Bundesrepublik

Ernährungsbericht: Zuviel Fett - zuwenig Vitamine

"Wenn beide Seiten es wollen..."

Bemerkenswerte Ergebnisse des Ost-West-Handels sowie
der innerdeutschen Handelsbeziehungen im ersten Halbjahr 1969

sp - Abseits von der "großen Politik" und fast unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit hat sich der Ost-West-Handel im ersten Halbjahr 1969 trotz zeitweise verschärfter politischer Auseinandersetzungen und Angriffe auf die Bundesrepublik verbessert. Das polnische Interesse an einer Ausweitung des Handels mit der Bundesrepublik ist allgemein bekannt; auch Projektdispositionen für den nächsten polnischen Fünf-Jahres-Plan, der 1970 anlaufen soll, werden bereits ausgearbeitet. Mit Ungarn, Bulgarien und Rumänien haben die bundesrepublikanischen Stellen und die private Industrie, die sich mit den Handelsbeziehungen befassen, gute Erfahrungen gemacht. Selbst in Prag deutet auf handelspolitischem Gebiet nichts darauf hin, daß die Tschechoslowakei trotz der Ereignisse des Jahres 1968 irgendetwas zu unternehmen gedenkt, was die Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik verschlechtern könnte. Rumänien und Jugoslawien lassen keinen Zweifel daran, daß sie an der Verbesserung der Beziehungen jeder Art, also nicht nur der Handelsbeziehungen, interessiert sind.

* Was für den Außenstehenden wahrscheinlich am erstaunlichsten ist, dürfte die Tatsache sein, daß der innerdeutsche Waren- und Dienstleistungsverkehr schon in den ersten vier Monaten dieses Jahres ein Gesamtvolumen von 1,040 Milliarden Verrechnungseinheiten (DM = OM) erreicht hat und damit um fast 20 Prozent über dem Vergleichszeitraum des Jahres 1968 liegt. Die Lieferungen aus der Bundesrepublik in die DDR erhöhten sich um 24 Prozent (von 445 Millionen auf 553 Millionen Verrechnungseinheiten) und die Ankäufe der Bundesrepublik von Waren und Leistungen aus der DDR stiegen um 13 Prozent (von 430 Millionen auf 487 Millionen Verrechnungseinheiten) im Jahre 1968.

* Gegenüber 1967 konnte der Umsatz im Jahre 1968 um fast fünf Prozent auf 2,9 Milliarden Verrechnungseinheiten erhöht werden. Erstmals war dabei die Bilanz des beiderseitigen Lieferwertes von 1,45 Milliarden Verrechnungseinheiten ausgeglichen.

Fragt man sich, worauf dies alles zurückzuführen sei, so ergibt sich jenseits aller politischen Überlegungen folgender handfester wirtschaftlicher Tatbestand. Die Bundesregierung hat 1967 Bundesgarantien eingerichtet, die sogenannte Wiederrufsklausel aufgehoben und Sonderregelungen bei der Mehrwertsteuer eingeführt. Ein Jahr darauf hat die Bundesregierung das Problem bei der Lieferung von Mineralölzeugnissen gelöst, was zur Folge hatte, daß die DDR im März 1969 die Mineralöllieferungen wieder aufgenommen hat. Einige andere Maßnahmen, so z.B. die jährliche Aufstockung der Abkommenwerte für gegenseitige Maschinenlieferungen bis 1975 und die Aufhebung der Einzelgenehmigungspflicht sowie die im Mai 1969 beschlossene gegenseitige Errichtung von Konsignationslagern, haben ebenfalls zur Belebung des innerdeutschen Handels beigetragen.

Interessant ist, daß für das Jahr 1969 bereits um etwa 180 Millionen DM höhere Ausschreibungen für gewerbliche Güter vorgenommen wurden, wobei etwa 50 Prozent der Gesamtsumme auf Eisen-, Stahl- und NE-Metalle entfällt.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß diese durchaus günstige Entwicklung wieder rückläufig sein würde; jedenfalls nicht auf Seiten der Bundesrepublik.

Abgesehen von den rein sachlichen Ergebnissen dieser besonders von Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller und dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, geförderten Handelspolitik zwischen den beiden Teilen Deutschlands zeigt sich, daß jenseits ideologischer und harter politischer Kontroversen eine pragmatisch angelegte und auf das Sachliche bezogene Kontaktpflege durchaus nützlich für beide Seiten ist. Selbstverständlich ist auf die Dauer gesehen die Intensivierung innerdeutscher Handelsbeziehungen kein Ersatz für Politik. Das ständige Bemühen jedoch, miteinander im Gespräch zu bleiben, ebnet trotz aller politischer Kontroversen den Boden, auf dem Politik entwickelt werden kann - wenn beide Seiten es wollen...

Unwahrhaftig und gefährlich

Ein CDU-Politiker über die Ostpolitik seiner Partei

sp - Während die CDU noch versucht, aus der persönlichen Verärgerung des Vorsitzenden der Vertriebenenverbände politisches Kapital zu schlagen, und mit der Stellungnahme zur Oder-Neiße-Frage auf ihrem Wahlkongreß in Essen verstärkt auf die Stimmen der Heimatvertriebenen spekuliert, melden sich in ihren eigenen Reihen bereits ernst zu nehmende Gegner eines solchen Vorgehens. So hat der frühere Landesvorsitzende der CDU Nordwürttenbergs und ehemalige baden-württembergische Kultusminister, Wilhelm Simpfendörfer, in einem in Stuttgart veröffentlichten Schreiben erklärt, die CDU wolle die Wahl mit den Stimmen der Vertriebenen durch radikale Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze gewinnen. Es wäre aber nicht nur falsch, ihr darin Konkurrenz machen zu wollen; der Parole der CDU müsse vielmehr radikal entgegengetreten werden.

"Fünfzig Millionen Altbürger und viele Millionen von Vertriebenen, die hier ihre Heimat und Existenz gefunden haben, werden in ihrem Dasein gefährdet, wenn die unwahrhaftige und gefährliche Politik der CDU fortgesetzt werden kann", betonte Simpfendörfer, der bereits im Herbst 1965 aus Protest gegen die Ostpolitik seiner Partei deren Ehrenvorsitz niederlegte. Die Politik der CDU sei unwahrhaftig, sagte er weiter, weil sie in den Vertriebenen immer noch die Illusion nähre, die Grenzen könnten noch geändert werden, obwohl sie genau wisse, daß kein Mensch in der ganzen Welt einen Finger rühren werde, um bei dem Versuch, diese Grenzen zu ändern - sei es durch Verhandlungen oder Gewalt - beizustehen. Das andauernde Festhalten an dem Status quo und die deutschen Wünsche nach Revision reizten die Völker des Warschauer Paktes zu immer größeren Rüstungen, zu denen die Staaten der Nato dann ebenfalls gezwungen seien; so entstehe ein Teufelskreis, in dem die Völker der Blöcke als Folge einer wahnsinnigen Politik hunderte von Milliarden für Rüstung ausgeben und damit voraussichtlich eine Katastrophe finanzieren, die uns alle in den Abgrund reißen könne.

Das Interessante an diesem Schreiben ist, daß hier wieder einmal ein prominentes Mitglied der CDU gegen die eigene Partei Stellung bezieht, weil es die einseitig von wahltaktischen Gesichtspunkten bestimmten Parolen der "immer reaktionärer werdenden Führung" nicht mitmachen will. Simpfendörfer sagt das auch ganz deutlich: "So geht die CDU darauf aus, die Stimmen der Vertriebenen für eine unwahrhaftige, leere und existenzbedrohende Politik zu kaufen, die immer unglaubhafter wird, da sie zugleich die Entspannung proklamiert". Bei solchen Warnungen werden die Vertriebenen, aber auch die übrigen Wähler, bald wissen, von wem ihre Interessen wirklich wahrgenommen werden.

+ + +

Eine Monarchie wird gezimmert

Neue Fragezeichen über Spaniens Zukunft

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Das Volk sah teilnahmslos zu, als Spaniens Staatschef Franco allen übrigen der in unzählige Flügel und Interessen-Lobbies gespaltenen spanischen Monarchisten zum Trotz seine Absicht bekanntgab, den 31-jährigen Thronanwärter Juan Carlos zu seinem Nachfolger zu machen. Noch als zur letzten Minute schossen die einzelnen Gruppen aus ganz bestimmten Eigeninteressen gegeneinander Unterwasser-Torpedos ab. Die Szenerie für diese macchiavellischen Manöver gaben die Hauptstadt Madrid und der vornehme portugiesische Badeort Estoril bei Lissabon als Schauplätze eines fintenreichen Tauziehens, während das Volk sich auf die ihm in 30 Jahren anerzogene Zuschauerrolle beschränkte.

Die Monarchie wird gezimmert, doch Franco denkt nicht an seine Pensionierung: Bis zu seinem Lebensende will er an der Spitze des Staates bleiben, wie es seine Altkämpfer von ihm verlangen und wie der spanische Staatsrundfunk wenige Tage vor der entscheidenden Sondersitzung des spanischen Ständeparlaments zur Nachfolgefrage bekräftigte.

Über den Prinzen Juan Carlos urteilt die Öffentlichkeit unterschiedlich: Einige halten ihn für "geistig zurückgeblieben", andere für ein Produkt Francoscher Erziehung; andere wiederum glauben, er habe von seinem Vater, dem von Franco verschmähten Thronbewerber Don Juan Graf von Barcelona, die Kombination bester Eigenschaften geerbt: Tatmensch, Träumer und Schlaukopf in einer Person.

Don Juan selbst wurde in seinem portugiesischen Exil von allen Seiten beharrt: Einige Monarchistengruppen wollten ihn zum förmlichen Thronverzicht zugunsten seines Sohnes bewegen, andere ihn darin bestärken, Franco bis zum letzten Augenblick Paroli zu bieten und die Pläne seines Gegners zu durchkreuzen.

Das ist jedoch unmöglich - Franco hat Vorsorge getroffen und sich ein Grundgesetz zurechtschneiden lassen, das ihm völlig freie Hand läßt, ob es dem einen oder anderen monarchistischen Sektor paßt oder nicht. Auch die beiden karlistischen Abgeordneten, Angel Zubiaur und Auxilio Goni, die zu hohen Geldstrafen wegen eines franco-feindlichen Treffens der karlistischen "Konkurrenz-Monarchisten" verurteilt worden waren, werden gepfändet - die parlamentarische Immunität gilt in ihrem Falle nicht. Die Gesetze stehen auf der Seite der Regierenden, die jetzt sich anschicken, die Monarchie neu aufzubauen. Sie stützen sich auf das Grundgesetz von Januar 1967, das von 14 Millionen Spaniern in Ermangelung einer Alternative gebilligt wurde. Sie stützen sich aber auch auf die unstrittene Volksabstimmung von 1947, die Spanien zur Monarchie erklärte, wenn auch zunächst ohne König. Spaniens Zukunft wurde dieser Tage mit einem neuen Fragezeichen versehen, obwohl die Nachfolge geregelt ist. Die Zeitgeschichte überstürzt sich: Was heute gilt, kann schon morgen wieder in Frage gestellt werden. Der Nachfolger Francos kommt bestimmt, das Fragezeichen bleibt.